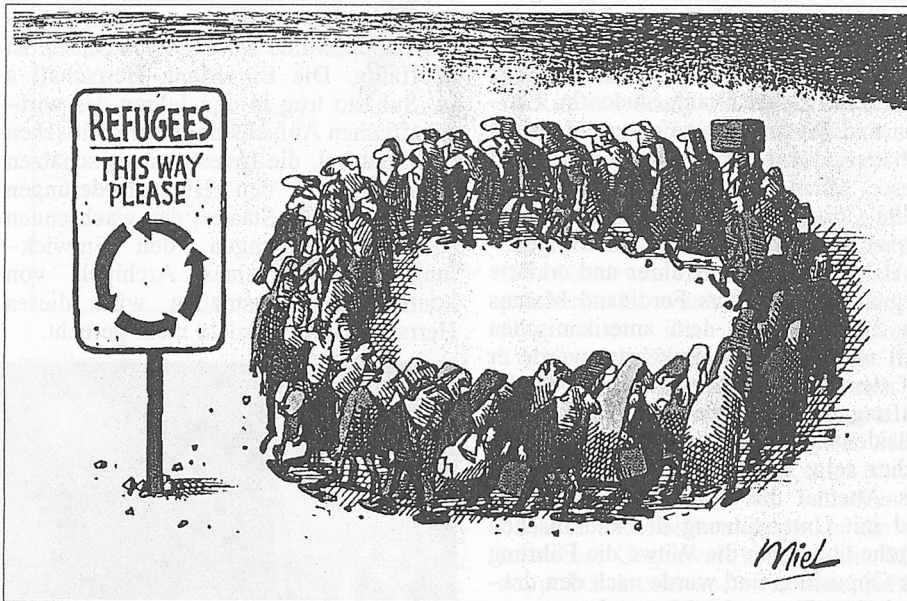


Soziale Hypotheken der ASEAN-Erweiterung

Die ethnischen Minderheiten werden verdrängt



Verlierer der neuen Regionalordnung: "Die ethnischen Minderheiten bekommen im laufenden Szenarium nur marginale Rollen zugewiesen."

aus: AW v. 11.4.97, S. 21

Die süstasiatische Staatengemeinschaft ASEAN galt bislang als Region des fast ungebremsten Wirtschaftswachstums. Daneben blieben zahlreiche Bürgerkriege an den Rändern der Gemeinschaft – insbesondere an den Grenzen Thailands mit Burma, Laos und Kambodscha – fast unbeachtet. Nun wurden Burma und Laos in die ASEAN aufgenommen. Die angekündigte Aufnahme Kambodschas wird aufgrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen wohl nur um einige Monate verschoben.

Seit dem Abzug der europäischen Kolonialmächte in den 40er und 50er Jahren, später der US-Amerikaner in den 70er Jahren gab es bis Mitte der 90er Jahre permanent militärische Auseinandersetzungen in den thailändischen Grenzgebieten, die quasi die Region zwischen der ASEAN und den regionalen Mächten China, Indien und Vietnam neutralisierten. Mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung wuchs jedoch das Gewicht Chinas und Indiens; Vietnam hingegen wurde schon im letzten Jahr in die ASEAN aufgenommen.

Die Aufgabe der bis dahin von den USA garantierten strategischen Exklusivität der ASEAN war besonders eine Reaktion auf die expansive Politik Chinas. Die Chinesen begannen zu Beginn der 90er Jahre ihre Positionen in Laos, Kambodscha und Burma mit verstärkten Waren- und Kapitalexporten auszubauen. Gleichzeitig verstärkten sie ihren politischen Druck auf die dortigen Regierungen und drohten der ASEAN sogar

mit dem Aufbau von Militärstützpunkten entlang der burmesischen Küste. Der Dauerstreit um die Spratlys-Inseln verdeutlicht die Brisanz dieses Konflikts. Die ASEAN-Staaten versuchen seitdem, ihren Einfluß auf die Pufferstaaten auszuweihen. Der Preis dafür ist die Aufgabe der seit den 50er Jahren praktizierten Neutralisierungsstrategie.

Besonders der "Frontstaat" Thailand sicherte bis zum Ende der 80er Jahre seine Landesgrenzen vor den "roten Drachen" aus China und Vietnam durch Guerilla-Armeen in den Nachbarstaaten. Geheimdienst und Armee unterstützten die Roten Khmer der Massenmörder Pol Pot und Ieng Sary an der Grenze zu Kambodscha genauso wie auf der burmesischen Seite die *Karen National Union* des Maoisten im antikommunistischen Gewand Bo Mya und die *Mong Tai Army* des Drogenbarons Kun Sa. Die Widerstandsgruppen operierten in Burma gegen den nationalchauvinistischen Diktator Ne Win, die Roten Khmer gegen die vietnamesischen Marionettenregimes unter Heng Samrin sowie gegen den jetzt wieder offen agierenden Diktator Hun Sen. Die Bürgerkriege hatten nebenbei auch noch wirtschaftliche Effekte. Die im Zuge der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen nach Thailand eingesickerten Flüchtlinge waren die billigsten Arbeitskräfte im Billiglohnland Thailand, insbesondere in den unterbesiedelten Grenzregionen. Die ethnischen Widerstandsgruppen lieferten aus den von ihnen kontrollierten Gebieten Teakholz,

Diamanten und andere wertvolle Bodenschätze zu Dumpingpreisen an Unternehmen, die von thailändischen Militärs kontrolliert wurden. Mit der Zerstörung der Natur bezahlten die Widerstandsgruppen ihre Waffenlieferungen aus Thailand.

Im Zuge der veränderten Regionallage ließen die Thais diese Gruppen fallen wie heiße Kartoffeln. An die Stelle der finanzierten Mini-Stellvertreterkriege in fremden Territorien trat das "constructive engagement" der ASEAN gegenüber den in Thailand traditionell ungeliebten burmesischen Militärs, die sich 1988 blutig an die Macht putschten und mit dem "Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung" (SLORC) einer dubiosen Clique zur Herrschaft verhalfen. Der thailändische Einfluß in Laos und in Kambodscha wurde mit einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Verträge festgeschrieben. Damit ist die Zeit der Widerstandsgruppen abgelaufen. Sie würden den Annäherungsprozeß zwischen der ASEAN und den Regierungen der neuen Mitglieder nur stören. Neben der Ausweitung ihres politischen Einflußgebietes entdecken die in den letzten Jahren ermatteten ASEAN-Tiger die wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer neuen Babys. Zwar werden die neuen Mitgliedstaaten mit jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter 200 US-Dollar von der UNO immer noch zu den *Least Developed Countries* (LCD) gerechnet, aber trotzdem investierten vor allem Thailand und Singapur neben der VR China mehrere Milliarden US-Dollar in die Erschließung von Edelstein-Minen, Erdöl und Erdgas, in den Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken sowie in den Ausbau der touristischen Infrastruktur.

Die ethnischen Widerstandsgruppen sind somit die ersten Verlierer der neuen Regionalordnung. Sie mußten in den letzten Jahren eine Bastion nach der anderen aufgeben. Im letzten Jahr wurde im burmesisch-thailändischen Grenzgebiet die *Karen National Union* (KNU) aus Manerplaw vertrieben, das über Jahrzehnte zum Symbol des Widerstandes gegen burmesische Zentralregierungen wurde. Dieses Jahr folgte der letzte KNU-Stützpunkt am Dreipagodenpaß. Die Mong-Tai-Armee Kun Sas wurde in wenigen Wochen von der burmesischen Armee zerrieben. Beobachter registrierten die direkte Unterstützung durch die Thai-Armee, was vor wenigen Jahren noch undenkbar war.

Im Nordosten unterstützte der thailändische Geheimdienst lange Jahre die Roten Khmer, bis denen seit Beginn der 90er Jahre der Geldhahn peu à peu zugedreht wurde. Nachdem im Januar 1997 der Flügel um Ieng Sary überlief und der jahrelang von Thailand unterstützte Pol Pot am Ende ist, mutiert der Rest der einst gefürchtetsten Rebellenarmee Südostasiens zum schlecht bewaffneten Guerilla-Haufen. Von den Rebellen der Hmong und Meo im nordwestlichen Laos ist schon seit Jahren nichts mehr zu hören.

Auch die Regionalmächte China und Indien entzogen den von ihnen protegierten Gruppen ihre Unterstützung. Betroffen ist in Nordburma die Unabhängigkeitsarmee der Kachin (KIO), die bis 1993 von China unterstützt wurde. Indien ließ die Naga-Rebellen im Westen Burmas im Regen stehen.

Hat die Beendigung der Dauerkriege nun positive Auswirkungen für die ethnischen Minderheiten? Mitnichten. Die Beendigung der thailändischen Unterstützung ermuntert besonders die burmesischen Militärs zu Racheakten an den Flüchtlingen. Sogar Lager auf thailändischem Gebiet werden immer wieder von burmesischen Soldaten überfallen. Vergewaltigungen und Hinrichtungen sind die Folge. Die Thais verstärken mit der Duldung derartiger Übergriffe den Druck auf die Flüchtlinge, nach Burma zurückzukehren, wo sie dem von den Militärs geschürten Haß der ethnisch burmesischen Bevölkerung ausgeliefert sind. Nationale oder internationale Rückführungsprogramme wie bei der Repatriierung der kambodschanischen Flüchtlinge zu Beginn der 90er Seite gibt es nicht. Die Kinder und Frauen der Karen, Shan, Mon und Kayah aus Burma zahlen wie nach dem Ende des 2. Weltkrieges den doppelten Preis für die Neuordnung der regionalen Einflußsphären.

Und es wird schlimmer kommen. Konnten sich die Angehörigen ethnischer Minderheiten und andere Flüchtlingsgruppen während der Bürgerkriege noch durch Schmuggel, Mohnanbau und Waffendienste für ihre jeweilige Widerstandsgruppe einigermaßen über Wasser halten, stehen sie jetzt bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzgebiete nur im Weg. In ihren traditionellen Siedlungsgebieten entstehen gewaltige Staudämme, im burmesischen Kayah-Unionstaat werden Flächen größer als Bayern überflutet. Die Rückkehr zur Landwirtschaft ist auch anderswo fast unmöglich. Entweder wurden die Felder der Flüchtlinge in den Jahren ihrer Abwesenheit von der ethnischen Bevölkerungsmajorität übernommen, oder die einst fruchtbaren Böden fielen dem Raubbau an der Natur durch alle Kriegsparteien zum Opfer. In den entstehenden Marktzentren entlang der Grenzen haben die dort lebenden ethni-

schen Minderheiten ebenfalls schlechte Karten. Ohne Kapital und politischen Einfluß, sowie seit Jahrhunderten als Untermenschen stigmatisiert, können sie weder in Thailand, noch in Laos oder Burma etwas ausrichten. Die sich entwickelnden Grenzmärkte werden von Militärs oder Parteifunktionären wie private Schatullen verwaltet. Nur die oft genauso korrupten Führer des ethnischen Widerstands und deren Familienclans können sich einrichten, wenn das ins Konzept der jeweils Herrschenden paßt. Die ethnischen Minderheiten eignen sich

ASEAN-Staaten die Konflikte unter die Schwelle militärischer Gewaltanwendung gedrückt.

Die ethnischen Minderheiten bekommen im laufenden Szenarium nur marginale Rollen zugewiesen. Das führt unter anderem zur Auflösung ihrer relativ stabilen Gemeinschaften, die während der Bürgerkriegsjahre dem Einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Schutz sicherten. Der nächste Schritt ist die Auflösung der Familienverbände. Viele werden dann in den entstehenden Slums Ranguns und Vientianes Zuflucht su-



Karen-Flüchtlinge in Huai Ku Lonk (Thailand)

Foto: L. Liepe

aus Sicht der Mächtigen bestenfalls dazu, den allgemeinen Unmut über die sich vertiefende soziale Ungerechtigkeit zu kanalisieren. Ethnische Minderheiten wurden in Südostasien traditionell schon immer an die geografischen und sozialen Ränder des jeweiligen Staatswesens gedrückt oder zwangsweise eingegliedert.

Thailand entledigte sich in den 70er Jahren seiner Minderheiten mit einer Politik zwischen Zuckerbrot und Peitsche. Zuckerbrot hieß "freiwillige" Umsiedlung, Aufgabe der traditionellen Lebensweise und Assimilation in die Thaisgesellschaft; Peitsche hieß militärische Vernichtung. Die massive Thaiisierung erfaßte nicht nur die Bergvölker im Norden und Nordwesten Thailands, sondern auch Millionen Khmer und Hmong in den nordöstlichen Provinzen. Andere ASEAN-Staaten wie Indonesien setzen nur auf die militärische Option. Die Aktionen in Westpapua, auf Osttimor und gegen die Dayaks in Westkalimantan sind dafür beredete Beispiele. Das Muster ist immer das gleiche: Zuerst kommen die Militärs, danach die multinationalen Konzerne und mit ihnen die einheimischen Glücksritter der ethnischen Bevölkerungsmehrheit. Dennoch: Um die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität der Region nicht zu gefährden, werden vor allem in den neuen

chen. Die Regierenden verdrängen die vorprogrammierte soziale Sprengkraft, die schnell wieder militante Züge gewinnen kann. Aber auch für die politische Opposition eignen sich die Minderheiten bestenfalls als rhetorische Staffage. Sogar die allseits hochgeachtete Führerin der Nationalen Liga für Demokratie und Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi vermeidet konkrete Aussagen über die Stellung der ethnischen Minderheiten in einem von ihr angestrebten demokratischen Burma.

Die Ursachen der auf die ethnische Schiene verlagerten sozialen Konflikte in den Peripherien der neuen und alten ASEAN-Mitglieder sind durch ihre Demilitarisierung längst nicht beseitigt. Im Gegenteil: Sie verwandeln sich in soziale Hypotheken beim erhofften Wirtschaftsboom. Die Mächtegerm-Tigerbabys Laos, Burma und Kambodscha haben schon von Anfang an die faulen Zähne ihrer Eltern – und dabei sind es noch die Milchzähne.

Lars Liepe

Der Autor ist Kulturwissenschaftler bzw. Burmanist und arbeitet als freier Journalist. Die Einschätzung erschien erstmalig in der Wochenzeitschrift Freitag vom 15.8.1997, S. 8.